

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

auch in Berlin ist der Frühlingsanfang nun zu bemerken. Während draußen die ersten Blumen blühen, scheint das politische Berlin eher im Herbst angekommen zu sein. Der Streit in der Koalition mehrcht sich, die Haushaltslage ist ungelöst und auch zur Belebung der deutschen Wirtschaft wurden trotz der Dringlichkeit keine Lösungen seitens der Ampel vorgelegt.

Eine wesentliche Herausforderung für private Haushalte wie Unternehmen sind die hohen Energiekosten. Der Bundesrechnungshof hat die Bundesregierung bei ihrer Energiepolitik nun ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Wir haben dies in einer Aktuellen Stunde im Bundestag thematisiert. Auch bei einem anderen Energiethema hat die Bundesregierung Nachholbedarf: beim Thema LNG, genauer bei der Biozideinleitung am Standort Wilhelmshaven in die Nordsee.

Die zahlreichen Schüler, die diese und letzte Woche einiges über meine politische Arbeit in Berlin und unser Parlament erfahren haben, waren hingegen wieder eine tolle Erfahrung. Die Diskussionsleidschaft der Schüler zeigt immer wieder: Unsere junge Generation ist alles andere als Politikverdrossen.

Mehr Informationen zu diesen und weiteren Themen in den jeweiligen Rubriken.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTOS DER WOCHE

Brief an Olaf Scholz: Deutscher Astronaut muss auf dem Mond landen!

Erstmals seit 1972 sollen mit der Mission Artemis III im September 2026 Menschen auf dem Mond landen und dessen Oberfläche betreten und erkunden. Nach sechs Apollo-Missionen der NASA, die ausschließlich zwölf US-amerikanische Raumfahrer zum Erdtrabanten gebracht haben, ist das Artemis-Programm eine Kooperation der US-Amerikaner (NASA), der Europäer (ESA), der Japaner (JAXA) und der Kanadier (CSA). Deutschland beteiligt sich an dieser Mission maßgeblich und stellt als größter Beitragszahler der ESA riesige Summen aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung. Allein bei der anstehenden Mission Artemis II wird das Orion-Raumschiff über das Europäische Servicemodul (ESM) versorgt, dass im Auftrag der NASA und ESA – im Wesentlichen in Bremen – gebaut worden ist.

Auf meine Initiative haben die Berichterstatter von CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP für den Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), in dem die Gelder für die Raumfahrt im Wesentlichen ausgebracht sind, ein gemeinsames, fraktionsübergreifendes Schreiben an Bundeskanzler Olaf Scholz aufgesetzt. Hierin fordern wir: Ein deutscher Astronaut muss 2026 auf dem Mond landen!

Lesen Sie gerne weiter:


Andreas Mattfeldt
 Mitglied des Deutschen Bundestages
 Mitglied des Haushaltsausschusses
 Vorsitzender der AG-Petition
 der CDU/CSU-Fraktion

Andreas Mattfeldt, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn

Olaf Scholz MdB

Bundeskanzler

-im Hause-


Frank Junge
 Mitglied des Deutschen Bundestages
 Mitglied des Haushaltsausschusses

Felix Banaszak
 Mitglied des Deutschen Bundestages
 Mitglied des Haushaltsausschusses

Karsten Klein
 Mitglied des Deutschen Bundestages
 Mitglied des Haushaltsausschusses

 Berlin
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

 Andreas Mattfeldt, MdB
 Telefon: 030 227 - 7322
 Fax: 030 227 - 76932
 E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

 Frank Junge, MdB
 Telefon: 030 227 - 73920
 Fax: 030 227 - 76921
 E-Mail: frank.junge@bundestag.de

 Felix Banaszak, MdB
 Telefon: 030 227 - 74257
 E-Mail: felix.banaszak@bundestag.de

 Karsten Klein, MdB
 Telefon: 030 227 - 72324
 Fax: 030 227 - 70324
 E-Mail: karsten.klein@bundestag.de

Berlin, 21.02.2024

Vorab per E-Mail olaf.scholz@bundestag.de

Fürsprache / hier: Deutscher Astronaut beim Artemis-Programm der NASA

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

im November 2022 startete mit Artemis I die erste von drei Missionen des Artemis-Programms der NASA in Kooperation mit den Europäern (ESA), den Japanern (JAXA) und den Kanadiern (CSA). Nach der erfolgreichen Durchführung der unbemannten Mission Artemis II (Erkundung) wird voraussichtlich im September 2025 die bemannte Testmission Artemis III (Mondumrundung) starten, an der zwei Astronauten und eine Astronautin aus den USA und einer aus Kanada teilnehmen sollen. Auch der Ersatzastronaut wird aus Kanada kommen. Die Zusammensetzung der vierköpfigen Crew, die aktiv teilnimmt, hat die NASA am 03. April 2023 bekannt gegeben.

Zentraler Teil der anstehenden Mission Artemis II ist das vier Personen tragende Orion-Raumschiff, deren Versorgung über das Europäische Servicemodul (ESM) erfolgt und im Auftrag der NASA von der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) – im Wesentlichen in Deutschland – gebaut worden ist. Europäische und deutsche Raumfahrttechnik leisten einen essenziellen Beitrag


Andreas Mattfeldt
 Mitglied des Deutschen Bundestages
 Mitglied des Haushaltsausschusses
 Vorsitzender der AG-Petition
 der CDU/CSU-Fraktion

Frank Junge
 Mitglied des Deutschen Bundestages
 Mitglied des Haushaltsausschusses

Felix Banaszak
 Mitglied des Deutschen Bundestages
 Mitglied des Haushaltsausschusses

Karsten Klein
 Mitglied des Deutschen Bundestages
 Mitglied des Haushaltsausschusses

zum Erfolg des gesamten Artemis-Programms der NASA. Zudem ist Deutschland mit deutlichem Abstand vor Frankreich und Italien größter Zeichner bei den Ministerratskonferenzen der ESA. Diese Gründe und die Tatsache, dass bei der Mondumrundung keine Person aus Europa – bzw. Deutscher – zum Zuge kommen wird, sollten uns zu einem selbstbewussten Auftritt motivieren.

Es ist davon auszugehen, dass auch bei der Mission Artemis III (Mondlandung) insgesamt fünf Astronauten und Astronautinnen teilnehmen werden, von denen nur vier tatsächlich die Erde verlassen werden. Das heißt, dass ein oder maximal zwei Astronauten von ESA oder JAXA tatsächlich zum Mond fliegen werden.

Daher treten wir, die zuständigen Berichterstatter im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Grüne und FDP, fraktionsübergreifend an Sie heran, verbunden mit der Bitte, dass Sie sich beim Präsidenten der USA, Joe Biden, für die tatsächliche Beteiligung, d.h. nicht als bloßes Ersatzmitglied – mindestens einem ESA-Astronauten bzw. einer ESA-Astronautin – vorrangig aus Deutschland – einsetzen. Die gleiche Bitte richten wir an Sie, sich beim Generaldirektor der ESA, Josef Aschbacher, für eine deutsche Astronautin bzw. einen deutschen Astronauten auszusprechen. Aus entsprechenden Quellen wissen wir, dass sich Ihre Kolleginnen und Kollegen aus Japan und von unseren europäischen Partnern bei der ESA bereits bei Präsident Joe Biden und Generaldirektor Josef Aschbacher für Astronauten aus ihren eigenen Ländern aussprechen.

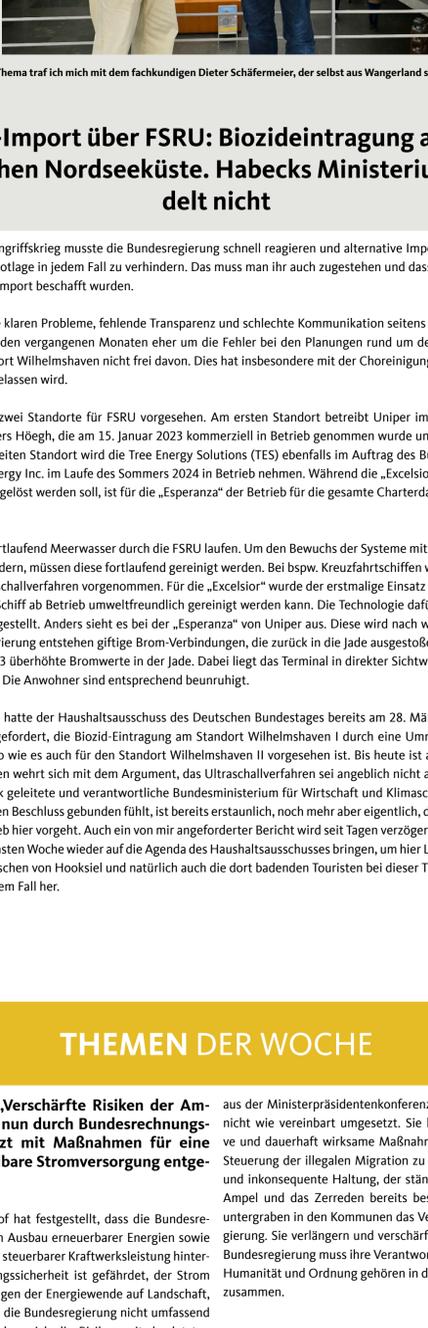
Uns ist bewusst, dass seitens des US-Präsidenten eine Entscheidung auch vor dem Hintergrund strategischer Politik getroffen wird. Dennoch sollten wir als Industrie- und Wissenschaftsstandort Deutschland, als der wir von größtem Gewicht bei der Mission und in der europäischen Familie sind, sowie aus den vorgenannten Gründen, uns zielführend für eine personelle deutsche Beteiligung bei der Mondmission mit aller Kraft einsetzen.

Nicht zuletzt hätte die Landung einer deutschen Persönlichkeit auf dem Mond eine Strahlkraft in unser Land hinein. Dabei denke ich an das Christma unserer Astronautinnen und Astronauten, das sie auf unsere Heranwachsenden und zukünftigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereits aus vergangenen Missionen haben.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Andreas Mattfeldt, MdB Frank Junge, MdB Felix Banaszak, MdB Karsten Klein, MdB



Für das Thema traf ich mich mit dem fachkundigen Dieter Schäfermeier, der selbst aus Wangerland stammt.

LNG-Import über FSRU: Biozideintragung an der Deutschen Nordseeküste. Habecks Ministerium handelt nicht

Durch den russischen Angriffskrieg musste die Bundesregierung schnell reaktieren und alternative Importmöglichkeiten für Gas schaffen, um eine Gastnotlage in jedem Fall zu verhindern. Das muss man ihr auch zugestehen und dass in der Folge rasch FSRU zum kurzfristigen LNG-Import beschafft wurden.

Man muss aber auch die klaren Probleme, fehlende Transparenz und schlechte Kommunikation seitens der Bundesregierung benennen. Während es in den vergangenen Monaten eher um die Fehler bei den Planungen rund um den LNG-Standort Mukran geht, ist auch der Standort Wilhelmshaven nicht frei davon. Dies hat insbesondere mit der Choreinigung zu tun, die dort ungefiltert in die Nordsee eingelassen wird.

In Wilhelmshaven sind zwei Standorte für FSRU vorgesehen. Am ersten Standort betreibt Uniper im Auftrag des Bundes die „Esperanza“ des Anbieters Høegh, die am 15. Januar 2023 kommerziell in Betrieb genommen wurde und seitdem 4 „Mrd. m³“ Gas regasifiziert hat. Am zweiten Standort wird die Tree Energy Solutions (TES) ebenfalls im Auftrag des Bundes die „Excelsior“ des Anbieters Excelerate Energy Inc. im Laufe des Sommers 2024 in Betrieb nehmen. Während die „Excelsior“ bereits 2027 durch ein landseitiges Terminal abgelöst werden soll, ist für die „Esperanza“ der Betrieb für die gesamte Charterdauer von 10 Jahren vorgesehen.

Für den Betrieb muss fortlaufend Meerwasser durch die FSRU laufen. Um den Bewuchs der Systeme mit Mikroorganismen, Pflanzen und Algen zu verhindern, müssen diese fortlaufend gereinigt werden. Bei bspw. Kreuzfahrtschiffen wird dies vielfach mit umweltverträglichen Ultraschallverfahren vorgenommen. Für die „Excelsior“ wurde der erstmalige Einsatz eines solchen Verfahrens eingeplant, sodass das Schiff ab Betrieb umweltfreundlich gereinigt werden kann. Die Technologie dafür wird vom Kieler Unternehmen Hydtec bereitgestellt. Anders sieht es bei der „Esperanza“ von Uniper aus. Diese wird nach wie vor direkt Chlorierung gesäubert. Bei der Chlorierung entstehen giftige Brom-Verbindungen, die zurück in die Jade ausgasen werden. Entsprechend gab es etwa Anfang 2023 erhöhte Bromwerte in der Jade. Dabei liegt das Terminal in direkter Sichtweite des Strandes des Ur-laubsörtchens Hooksiel. Die Anwohner sind entsprechend verärgert.

Auf meinen Vorstoß hin hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bereits am 28. März 2023 die Bundesregierung per Beschluss aufgefordert, die Biozid-Eintragung am Standort Wilhelmshaven I durch eine Umrüstung der betreffenden FSRU zu verhindern, so wie es auch für den Standort Wilhelmshaven II vorgesehen ist. Bis heute ist aber offensichtlich nichts passiert. Uniper hingegen wehrt sich mit dem Argument, das Ultraschallverfahren sei angeblich nicht anwendbar. Dass das vom Grünen Minister Habeck geleitete und verantwortliche Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sich scheinbar nicht an den parlamentarischen Beschluss gebunden fühlt, ist bereits erstaunlich, noch mehr aber eigentlich, dass ein Grünes Ministerium nicht aus Eigenantrieb hier vorgeht. Auch ein von mir angeforderter Bericht wird seit Tagen verzögert. Ich werde die Thematik auf jeden Fall in der nächsten Woche wieder auf die Agenda des Haushaltsausschusses bringen, um hier Licht in die Angelegenheit zu bringen und die Menschen von Hooksiel und natürlich auch die dort badenden Touristen bei dieser Thematik zu unterstützen. Eine Lösung muss in jedem Fall her.

THEMEN DER WOCHE

Aktuelle Stunde: „Versärfte Risiken der Ampel-Energiepolitik nun durch Bundesrechnungshof amtlich – Jetzt mit Maßnahmen für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung entgegensteuern“

Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass die Bundesregierung die Ziele beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie hinreichend gesicherter, steuerbarer Kraftwerksleistung hinterhinkt. Die Versorgungssicherheit ist gefährdet, der Strom ist teuer und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt kann die Bundesregierung nicht umfassend bewerten. Insgesamt sind auch die Risiken seit der letzten Prüfung des Bundesrechnungshofes im Jahr 2021 verschärft.

Zu langsam, zu unsicher, zu teuer: Der Bundesrechnungshof stellt der Bundesregierung ein verheerendes Zeugnis aus. Ohne Kurskorrektur wird das Klimaziel verfehlt, die Wirtschaft beschädigt und die Energiesicherheit gefährdet werden.

Die Ampel muss Konsequenzen aus diesem Bericht ziehen: Eine grundlegende Neuausrichtung ist unumgänglich. Dabei muss der Fokus darauf gerichtet werden, wie mit sauberen Technologien Klima und Wirtschaft zusammen gedacht werden können. Nur so wird die Akzeptanz für Klimapolitik dauerhaft gesichert und nur dann können wir auch international ein Impulsgeber werden. Um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, müssen jetzt pragmatisch und effizient alle Energiepotenziale genutzt werden. Nicht nur die Vereinfachungen für die Photovoltaik müssen endlich kommen, sondern auch die längst angelegneten Strategien für Bioenergie, Geothermie und Energiespeicher. Beim Netzausbau sollte für neue Vorhaben schneller und günstigere Überlandleitungen geprüft werden. Die Kraftwerkstrategie muss, entgegen der von der Bundesregierung vorgelegten Eckpunkte, ihrem Namen gerecht werden. Sie muss die von der Regierung selbst ausgemachte Versorgungslücke kosteneffizient und zügig schließen. Das bisherige Versorgungssicherheitsmonitoring der Bundesregierung bedarf dringend der Überarbeitung und muss auf realistischen Szenarien aufbauen.

Die Ampel wirft im Bereich der Klima- und Energiepolitik ständig neue Säcke in die Luft, die wenigsten aber bringt sie ins Ziel. Ändert sich das nicht grundlegend, endet das in dem Scherbenhaufen, den der Bundesrechnungshof der Ampel nun attestiert hat.

Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen – Bund muss Vereinbarungen mit den Ländern umsetzen

EDeutschland erlebt auch weiterhin den großen Zustram an Asylbewerber. Im Jahr 2023 wurden fast 330.000 Erstanträge auf Asyl gestellt. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2024 kamen weitere 47.000 Asylbeanträge hinzu. Nach wie vor entfällt ein weit überproportionaler Anteil der EU-weit gestellten Asylanträge auf Deutschland, im Jahr 2023 waren es etwa 30 %. Ein Ende dieser für unsere Kommunen und die Gesellschaft insgesamt herausfordernden Situation ist nicht in Sicht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Landesregierungen haben die Bundesregierung wiederholt zum Handeln aufgefordert. Im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 hat die Bundesregierung endlich eine Reihe von Zusagen gemacht. Diese Zusagen sind jedoch auch weiterhin zu einem erheblichen Teil nicht umgesetzt. Die jüngste Sitzung der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler am 6. März 2024 führte zu nicht mehr als einer oberflächlichen Bestandsaufnahme, verbunden mit allgemeinen Absichtserklärungen. Zwischen den Ländern und der Bundesregierung sowie insbesondere innerhalb der Bundesregierung bestehen weiterhin Unstimmigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung beschlossener Maßnahmen. Die Migrationskrise kann so nicht bewältigt werden. Es wächst deshalb die Dringlichkeit, die irreguläre Migration nach Deutschland wirksam zu unterbinden.

Mit unserem Antrag fordern wir die entschlossene und umfassende Umsetzung der zwischen dem Bundeskanzler und den Landesregierungen im November 2023 vereinbarten migrationspolitischen Maßnahmen. Bundeskanzler Scholz muss seine Zusagen einhalten. Die Länder und Kommunen dürfen in dieser Ausnahme-situation nicht länger alleingelassen werden. Darüber hinaus sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um den Zustrom Asylsuchender nach Deutschland effektiv zu begrenzen. Nur so können wir die Leistungs- und Integrationsfähigkeit unserer Kommunen und der Gesellschaft insgesamt bewahren. Die rechtlichen und praktischen Rahmenbedingungen für Asylverfahren, Familiennachzug und Rückführungen müssen entlang unserer Vorschläge angepasst werden. So stellen wir Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik sicher und erhalten die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft. Die Bundesregierung hat die Vereinbarungen mit den Ländern

aus der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. November 2023 nicht wie vereinbart umgesetzt. Sie hat es versäumt, effektive und dauerhaft wirksame Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der illegalen Migration zu ergreifen. Die zögerliche und inkonsequente Haltung, der ständige Streit innerhalb der Ampel und das Zerreden bereits beschlossener Maßnahmen untergraben in den Kommunen das Vertrauen in die Bundesregierung. Sie verlängern und verschärfen die Krise unnötig. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung jetzt ernst nehmen. Humanität und Ordnung gehören in der Asylpolitik untrennbar zusammen.

Agenda für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung

Mit unserem Antrag Agenda für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, den wir in dieser Woche abschließend beraten, stellen wir fest: Überbordende Bürokratie gefährdet den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland sowie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit unseres Staates. Deshalb braucht es jetzt dringend einen Durchbruch für echten Bürokratieabbau und für bessere Rechtsetzung. Die unionsgeführten Bundesregierungen haben den Bürokratieabbau in den vergangenen Legislaturperioden spürbar vorangetrieben. Mit den Bürokratielastungsgepartern III haben sie in Milliardenhöhe Bürokratiekosten eingespart. Der Bürokratiekostenindex erreichte im Jahr 2021 seinen historischen Tiefstand. Seitdem steigt er aber durch die Politik der Ampel-Koalition seitdem kontinuierlich an. Unsere Agenda umfasst als wichtigste Forderungen: (1) Bürokratiebremse: Sofortige Rücknahme neuer gesetzlicher oder untergesetzlicher Bürokratiebelastungen, wenn eine bestimmte Bürokratielastungsquote überschritten wird. (2) „One in, two out“-Regel: Die erfolgreiche Bürokratiebremse „One in, two out“-Regel zu einer „One in, two out“-Regel ausgeweitet. (3) 1:1 Umsetzung von EU-Vorhaben: Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht darf in Deutschland nicht über den europäischen Standard hinaus reguliert werden. (4) Bürokratiestopp und Belastungsmoratorium auf EU-Ebene: Keine neuen bürokratischen Regelungen, bis die EU in Sachen Wettbewerbsfähigkeit ihren Rückstand auf ihre Hauptkonkurrenten im globalen Wettbewerb aufgeholt hat. (5) Digitalcheck von Gesetzen: Der effiziente digitale Vollzug von Neuregelung (Digitaltauglichkeit) muss bei jeder Gesetzeserstellung von Anfang an mitgedacht und verbindlich geprüft werden.

Damit Mobilität nicht zum Luxus wird – Für ein bezahlbares Autoführerschein

Mit unserem Antrag Autoführerschein – der in dieser Woche – Für einen bezahlbaren Autoführerschein – nicht in Luxus Woche erstmals auf der Tagesordnung steht – setzen wir uns für eine Reform der Fahrschulausbildung und Prüfungsverfahren ein. Wir wollen, dass Mobilität insbesondere für junge Menschen im ländlichen Raum erschwinglich bleibt. Die Kosten für den Führerscheinwerb sind in den letzten Jahren stark gestiegen, und die Wartezeiten für Prüfungen haben sich verlängert. Das erschwert den Zugang zur Mobilität. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Ausbildung von Fahrlehrern zu Fahrprüfern zu erleichtern, mehr Prüftermine zu ermöglichen und die Fahrschüler-Ausbildungsordnung zu flexibilisieren. Zudem soll das Antragsverfahren für Führerscheine digitalisiert und die Integration von Fahrsimulatoren in die Ausbildung ermöglicht werden. Ziel ist es, die Kosten zu senken, die Bürokratie zu reduzieren und die Ausbildungsqualität zu sichern. So fördern wir die individuelle Mobilität und erhöhen gleichzeitig die Verkehrssicherheit.

Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes zur Verhängung eines Einreise- und Aufenthaltsverbotes auch bei erstmaliger Einreise

Mit unserem Gesetzentwurf – den wir in dieser Woche erstmalig beraten – streben wir eine dringende notwendige Rechtsanpassung an: Die derzeitige Gesetzeslage erlaubt es nicht, gefährlichen Personen aus dem Ausland die Einreise nach oder den Aufenthalt in Deutschland zu verbieten, falls diese zuvor noch nie in Deutschland waren. Mit unserem Gesetzentwurf reagieren wir auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, die ein Einreise- und Aufenthaltsverbot nur für Personen zulässt, die bereits ausgewiesen oder abgeschoben wurden. Unser Ziel ist es, das Aufenthaltsgesetz so zu ändern, dass auch Personen, die erstmalig nach Deutschland einreisen möchten, ein Einreise- und Aufenthaltsverbot erteilt werden kann, wenn sie eine Gefahr darstellen. So schützen wir unser Land effektiver vor gefährlichen Personen und schließen eine deutliche Lücke im aktuellen Rechtssystem.

WAHLKREIS AKTUELL



Schüler vom Gymnasium Lilienthal zu Besuch im Bundestag

Zwei Gruppen vom Gymnasium Lilienthal besuchten mich im Deutschen Bundestag und ich konnte den angehenden Abiturienten das Reichstagsgebäude persönlich zeigen. Es gab auch die Zeit für eine kurze politische Diskussion zu Themen, die den Jugendlichen wichtig waren. Diese beiden Bilder sind im Paul-Löbe-Haus entstanden, wo wir in Sitzungssälen der Ausschüsse zusammen tagen konnten, wie bei einer echten Ausschusssitzung. Die jungen Lilienthalerinnen und Lilienthaler waren sehr interessiert an den politischen Abläufen in Berlin. Großer Dank gilt den Lehrkräften, die die Fahrt in die Bundeshauptstadt organisiert und betreut haben.



TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 12. März: Statistisches Bundesamt gibt Inflationsrate für Februar bekannt
- 12. März: Wirtschafts-/Finanzministerrat (Ukraine, Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität, Leitlinien für den EU-Haushalt 2025)
- 12. März: EU-KOM: Mitteilung zu Reformen im Rahmen der Erweiterung, Mitteilung zu Migration und Asyl
- 12. März: BK Scholz empfängt den Präsidenten der Philippinen Ferdinand Marcos Jr.
- 12. März: US-Präsident Biden empfängt POL-Präsident Duda und Ministerpräsident Tuszk
- 13. März: BK Scholz empfängt den Ministerpräsidenten Thailands Srettha Thavisin
- 13.-15. März: Agrarministerkonferenz
- 13. März: Zukunftstag Mittelstand des BMWZ mit BM Lindner, BM Habeck, BM Heil, BM Wissing, BM Lemke
- 13. März: Übergabe der Leibniz-Preise der Deutschen Forschungsgemeinschaft
- 14. März: BK Scholz empfängt die Premierministerin Litauens Ingrida Šimonyte
- 15. März: BK Scholz empfängt den Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel (Vorbereitung Europäischer Rat am 21./22. März)
- 15.-17. März: Präsidentenwahl in Russland und den annektierten Gebieten in der Ukraine